

Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Euro- päischen Solidaritätskorps

Stellungnahme der Geschäftsstelle (DV 05/17) vom 27. April 2017



Inhalt

Vorbemerkung	3
Freiwilligendienst und Erwerbsarbeit klar trennen	3
Das große Interesse nutzen: Ausreichende Mittel zur Verfügung stellen	4
Verhältnis zur bestehenden Infrastruktur in den Mitgliedsstaaten klar regeln	4
Anerkennungskultur stärken	5

Vorbemerkung

Die Europäische Kommission hat mit ihrer Mitteilung vom 7. Dezember 2016 die Einrichtung eines Europäischen Solidaritätskorps¹ begonnen. Dieses setzt sich aus zwei Komponenten zusammen — Freiwilligen- und Beschäftigungsprojekten — und ist an junge Menschen unter 30 Jahren gerichtet.² Für 2017 laufen bereits erste Maßnahmen, die über bestehende EU-Programme finanziert werden. Für das Frühjahr 2017 hat die Kommission darüber hinaus den Entwurf einer Rechtsgrundlage angekündigt, die einen eigenständigen Titel im EU-Haushalt begründen soll, um die Finanzierung des Europäischen Solidaritätskorps³ auch über 2017 hinaus sicherzustellen. Angesichts dieser Ankündigung nimmt die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Freiwilligendienst im Europäischen Solidaritätskorps Stellung. Die Stellungnahme richtet sich an die Europäische Kommission, den Rat der EU und die Bunderegierung bezüglich ihres Handelns im Rat der EU.

Der Deutsche Verein hat sich bereits mehrfach für eine stärkere sozialpolitische Ausrichtung der Europäischen Union ausgesprochen³ und unterstützt in diesem Kontext das Ziel der Kommission, mit dem Europäischen Solidaritätskorps die Solidarität innerhalb und zwischen den europäischen Gesellschaften zu stärken. Der Deutsche Verein befürwortet die Idee des Europäischen Solidaritätskorps⁴, den sozialen Zusammenhalt durch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken und die europäische Identität gerade junger Menschen durch den internationalen Austausch zu fördern. Hinsichtlich des Verfahrens bemängelt er allerdings, dass es keine frühzeitige und breitgefächerte Einbindung der Zivilgesellschaft gegeben hat.

Freiwilligendienst und Erwerbsarbeit klar trennen

Nach Ansicht des Deutschen Vereins gehört die Arbeitsmarktneutralität zu den zentralen Herausforderungen im Bereich der Freiwilligendienste.⁴ Bürgerschaftliches Engagement darf kein Ersatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein. Entsprechend ist die enge Verbindung von Freiwilligentätigkeit und Erwerbsarbeit im Europäischen Solidaritätskorps kritisch zu sehen. Das zentrale Merkmal von Freiwilligendiensten in Abgrenzung zur Erwerbsarbeit ist ihr Eigenwert als Bildungs- und Lerndienst. Freiwilligendienste fördern die Persönlichkeitsentwicklung und bieten biografische und berufliche Orientierung. Begleitende Bildungsangebote, die über die Qualifizierung für den jeweiligen Einsatz der Freiwilligen hinausgehen, sind deshalb eine notwendige Bedingung.⁵ Die

Ihr Ansprechpartner
im Deutschen Verein:
Jonas Pieper.

¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Ein Europäisches Solidaritätskorps, 7. Dezember 2016, COM(2016) 942 final.

² Mit dem Europäischen Solidaritätskorps soll der solidarische Einsatz junger Menschen in Europa gefördert werden. Über ein Webportal können sich Interessierte registrieren und werden dort mit Einsatzstellen vermittelt. Die Tätigkeit kann zwischen zwei und zwölf Monaten dauern und entweder als Freiwilligenprojekt oder als Beschäftigung, Praktikum oder Ausbildung gestaltet sein. Einsatzgebiete reichen von Umwelt- und Naturschutz über Kultur und Sport bis zur Sozialen Arbeit und der Aufnahme und Integration von Geflüchteten.

³ Stellungnahme des Deutschen Vereins zur Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte, NDV 2016, 558 ff.

⁴ Positionen und Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur verbesserten Ausgestaltung der Freiwilligendienste und deren Einbindung in eine Gesamtstrategie zur Stärkung und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, NDV 2013, 104 ff.

⁵ Ebd.

Ausgestaltung als Lerndienst ist auch vor dem Hintergrund der Integration bildungsferner und benachteiligter junger Menschen relevant. Das Europäische Solidaritätskorps sollte insbesondere auch für jene jungen Menschen attraktiv gestaltet werden, die typischerweise in Freiwilligendiensten – national wie europäisch – unterrepräsentiert sind. Diese sogenannten engagementfernen Gruppen profitieren ganz besonders von der Funktion als Lerndienst, indem sie wichtige Schlüsselqualifikationen vermittelt bekommen sowie Potentiale und Interessen erkennen lernen.

Der Deutsche Verein hält eine kontinuierliche Beobachtung der Auswirkungen von Freiwilligendiensten auf die Arbeitsmärkte für notwendig.⁶ Angesichts der engen Verknüpfung von Freiwilligen- und Erwerbstätigkeit gilt auch für das Europäische Solidaritätskorps, dass geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität eingeführt werden sollten. In Deutschland hat sich dabei das Trägerprinzip bewährt. Träger und Zentralstellen haben eine Beratungs- und Vermittlungsfunktion, die auch die Wahrung der Arbeitsmarktneutralität umfasst.

Das große Interesse nutzen: Ausreichende Mittel zur Verfügung stellen

Die Mittelausstattung von Freiwilligendiensten muss aus Sicht des Deutschen Vereins ausreichend und langfristig gesichert sein, um negative Auswirkungen auf die Motivation von Freiwilligen, Einsatzstellen und Trägern zu vermeiden.⁷ Die zahlreichen jungen Interessierten, die sich bereits online für das Europäische Solidaritätskorps registriert haben, würden eine große Enttäuschung erleben, wenn ihr Interesse an der fehlenden finanziellen Ausstattung des Programms scheiterte. Diese Erfahrung wäre nicht nur für die zukünftige Bereitschaft zu freiwilligem Engagement äußerst kontraproduktiv, sondern es gilt sie auch vor dem Hintergrund zu vermeiden, dass das Europäische Solidaritätskorps junge Menschen in ihrer europäischen Identität bestärken soll. Der freiwillige solidarische Einsatz in einem anderen europäischen Land darf nicht daran scheitern, dass finanzielle Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Die Ankündigung der Kommission, für das Europäische Solidaritätskorps zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen,⁸ ist aus Sicht des Deutschen Vereins deshalb sehr zu begrüßen.

Verhältnis zur bestehenden Infrastruktur in den Mitgliedstaaten klar regeln

Der Deutsche Verein spricht sich dafür aus, dass Freiwilligendienste generell in eine Gesamtstrategie zur Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eingebettet sind.⁹ Dabei sollten die unterschiedlichen Formen des

⁶ Forderungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste, NDV 2012, 155 f.

⁷ Ebd.

⁸ Ankündigung vom Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, auf dem Stakeholder Forum der EU-Kommission am 12. April 2017 in Brüssel.

⁹ Siehe Fußn. 6.

bürgerschaftlichen Engagements gleichermaßen Anerkennung erfahren. Hierfür benötigen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einbringen, stabile Rahmenbedingungen. Beim Aufbau des Europäischen Solidaritätskorps' sollte deshalb die vielfältige Infrastruktur der Engagementförderung in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Aus Sicht des Deutschen Vereins ist eine unproduktive Konkurrenz mit anderen Freiwilligendiensten für junge Menschen unbedingt zu vermeiden,¹⁰ mit bestehenden nationalen Programmen genauso wie mit dem Europäischen Freiwilligendienst. Für die effektive Umsetzung der Ziele, und um einen Verdrängungseffekt zu vermeiden, sollte der Einsatz der Freiwilligen grenzüberschreitend geschehen. Die Mitteilung der Kommission¹¹ ist in der Frage des Einsatzlandes für Freiwillige nicht eindeutig. Während die deutschsprachige Version von einem Einsatz im Ausland spricht, enthalten andere sprachliche Versionen, darunter die englische und französische, Hinweise darauf, dass auch ein Einsatz von Freiwilligen im Inland möglich wäre. Der Deutsche Verein fordert die Kommission auf, bestehende Unklarheiten in den Formulierungen zu beseitigen. Er empfiehlt, die Wirkungen von Freiwilligendiensten im Hinblick auf Parallelstrukturen und auf die Entwicklung von anderen Formen des bürgerschaftlichen Engagements intensiv zu beobachten.¹²

Anerkennungskultur stärken

Der Deutsche Verein setzt sich für die Stärkung der Anerkennungskultur im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ein.¹³ Die Würdigung des Einsatzes für gesellschaftliche Belange kann dabei vielfältig sein und beispielsweise die Anrechnung von Engagement bei der Vergabe von Studienplätzen oder die Bescheinigung von erworbenen Qualifikationen beinhalten. Der Deutsche Verein regt für die Umsetzung des Europäischen Solidaritätskorps' an, von Beginn an auf die Stärkung der Anerkennungskultur zu achten und Verfahren zur Würdigung des Einsatzes zu entwickeln.

10 Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes, NDV 2011, 266 ff.

11 Siehe Fußn. 1.

12 Siehe Fußn. 4.

13 Empfehlungen des Deutschen Vereins für den Ausbau einer Anerkennungskultur in den Freiwilligendiensten, NDV 2016, 347 ff.



Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. – seit über 130 Jahren das Forum des Sozialen

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Michael Löher, Vorstand

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

www.deutscher-verein.de

E-Mail info@deutscher-verein.de